



Pressemitteilung vom 29. Januar 2018

Statement zum Ausbaustopp der IGS Südstadt

Nachdem das Verwaltungsgericht Hannover dem Eilantrag besorgter AnwohnerInnen stattgegeben hat, stehen die Bagger an der IGS Südstadt still. Der geplante Ausbau liegt vorerst auf Eis. Während die klagenden AnwohnerInnen ihren vorübergehenden Sieg feiern, zeigen sich PolitikerInnen entsetzt. Der schulpolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die FRAKTION, Julian Klippert, ist vor allem eins: sauer.

Hannover – Während in anderen Städten gegen Bahnhöfe und Fluglärm geklagt wird, klagen Hannovers BürgerInnen gegen eine Schule, also gegen den Hort der Bildung und damit auch gegen die Sicherung unserer Renten.

Als Vater eines einjährigen Sohnes kann Julian Klippert gar nicht anders, als sich zum Ausbaustopp der IGS Südstadt zu äußern:

„Die gegenwärtige ‘not-in-my-backyard’-Mentalität ist nur noch schwer zu ertragen. Allorts werden der demographische Wandel und dessen Auswirkung auf den Arbeitsmarkt und auch auf unsere Renten beklagt. Wir brauchen endlich mehr Kinderfreundlichkeit, aber nicht nur die Politik und die Arbeitgeber müssen umdenken, sondern – ganz wichtig – auch in den Köpfen der Menschen muss ein Umdenken stattfinden! Statt gegen elementar antidemokratische Politik zu demonstrieren oder für Essen ohne Glyphosat etc. pp., demonstriert der etablierte hannoversche Wutbürger aber gegen den Ausbau einer Schule in seinem ‚De-Luxe Wohngebiet‘, weil es ja ‚sowieso schon zu wenig Parkplätze gibt‘ und die Infrastruktur den ‚Eltern-Taxis nicht gewachsen‘ sei. Dass die Politik bereits erfolgreiche Modellprojekte gegen Eltern-Taxis gestartet hat, wird in dieser Engstirnigkeit genauso außer Acht gelassen, wie die Tatsache, dass es kein Menschenrecht auf Parkplätze gibt. Ich sage es den klagenden AnwohnerInnen in aller Deutlichkeit: Wenn ihr keine Schulen wollt, dann sollt ihr auch keine Rente haben!“